

Einladung zu einem Gala-Abend des Frauen-Presseclubs von Hollywood sagte Elizabeth Taylor vor wenigen Tagen telegraphisch ab. Sie sei wieder in der Klinik in Rancho Mirage, um eine Auszeichnung entgegenzunehmen: „Ein Jahr ohne Alkohol.“

Bei Leonard Firestone, inzwischen Vize-Präsident des „Betty Ford Centers“ (Präsidentin: Betty Ford), stieß die Schauspielerin mit Mineralwasser auf die Medaille an: „Diese Auszeichnung ist für mich wichtiger als alle anderen, die ich bisher erhalten habe.“

Der „Erfolg dieser Klinik“, die überwiegend mit den Spenden reicher Freunde gebaut wurde, urteilt Mediziner Porsch, sei vor allem „mit der Person Betty Fords zu erklären“. Im Oktober 1982 flog Vizepräsident George Bush im nahen Palm Springs ein, um das Institut zu eröffnen. Seither, so die Klinik-Präsidentin Betty Ford, sei der Erfolg „einfach erstaunlich“.

Nahezu jede Woche hält die ehemalige First Lady in der Klinik Vorträge und schildert den Patienten ihren Leidensweg. Auch Nachbar Firestone läßt kaum eine Gelegenheit aus, den Alkohol- und Drogenabhängigen zu erklären, daß „auch ich in einer gewissen Phase meines Lebens nicht mehr wußte, ob Montag oder Freitag, Morgen oder Abend war, und aus dem Elend dennoch rausgekommen bin“.

PAKISTAN

Islamische Zitadelle

Chomeini warnt davor, aber Staatschef Sia-ul Hak wagt es – die Einführung des moslemischen Zinsverbots.

Ihr Gläubigen! Nehmt nicht Zins, indem ihr in mehrfachen Beträgen wiedernehmt, was ihr ausgeliehen habt! Und fürchtet Gott!

Koran, Sure 3, Vers 130

Pakistan-Präsident Sia-ul Hak möchte, daß seine Politik dem Volke frommt. In einer Zurück-zum-Koran-Kampagne lehrte er alle Übeltäter das Fürchten. Einem Dieb kann in seinem Reich gemäß islamischem Traditionsrecht die Hand abgeschlagen werden; Sittlichkeitsstäter werden öffentlich ausgepeitscht.

Neuerdings widmet sich der General mit heiligem Eifer dem Kreditwesen: Seit dem Neujahrstag sind in Pakistan Zinsen für Kredite und Spareinlagen verboten – ab sofort bei allen Finanzgeschäften der Regierung, der inländischen Banken, Staatsbetriebe und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung. Vom 1. April an wird die „Islamisierung des Kreditwesens“ auf Privatunternehmer, vom 1. Juli an auf ausländische Banken in Pakistan ausgedehnt.



Pakistan-Präsident Sia
„Revolutionärer Wechsel“

Mit der Abschaffung der Zinsen – arabisch „Riba“, was auch Wucher bedeutet – treibt Sia konsequent die Umgestaltung Pakistans in eine „islamische Zitadelle“ voran. Im Finanzbereich überholt er damit sogar den unbestrittenen Glaubenserneuerer des Islam:

Der Ajatollah Chomeini warnt vor der einseitigen Abschaffung der Zinsen. Denn das wäre für die Moslems „wirtschaftlicher Selbstmord, wenn alle anderen Banken der Welt weiter mit Wucher und Zinsen arbeiten“. Chomeini: „Aus diesem Grund muß auch bei uns Zins erhoben werden.“

Anstelle der wegfallenden Zinsen sollen in Pakistan Anleger und Kreditgeber wie Risikoinvestoren oder Anteilseigner an Gewinn und Verlust beteiligt werden. Die Bilanz muß Anlegern alle sechs Monate bekanntgegeben werden. Gelder auf Umlaufkonten werden als „in Verwahrung genommene Guthaben“ weder verzinst noch am Risiko beteiligt.

Das System ist nicht völlig neu. Islamische Banken in Ägypten, Kuwait, Saudi-Arabien und anderen Ländern führen – neben den üblichen Depositen auf Zinsbasis – Spar- und Termineinlagen auf rein islamischer Basis. Eine International Association of Islamic Banks propagiert das angeblich mit der Lehre des Propheten in Einklang stehende Verfahren.

Vor Pakistans landesweiter Einführung des zinslosen Kreditwesens innerhalb kurzer Zeit aber warnt ausgerechnet Professor Ahmed Elnaggar, der Generalsekretär der Assoziation. Der Ägypter, der in der Bundesrepublik promovierte, befürchtet, daß die aus überstürzten Maßnahmen mögliche Verwirrung sogar „die Zukunft der islamischen

Banken bedrohen“ könne. Darüber hinaus ist auch die theologische Grundlage der Reform umstritten.

In der Ideologie islamischer Banken, so der deutsche Experte für islamische Wirtschaftsformen, Volker Nienhaus, gehe man von einer „strengen“ Interpretation des Wortes „Riba“ aus – der Begriff werde verstanden als Verbot jeglicher Darlehenszinsen. Der Koran aber mag sich nur auf Wucherzinsen beziehen. Auf alle Fälle entgehen die islamischen Banken in der Praxis dem Zins-Verbot dadurch, daß sie an Stelle des profitablen Kredits den Mietkauf oder Leasing setzen; deren Zulässigkeit nach islamischem Recht steht freilich ebenfalls nicht fest.

Pakistans islamischer Soldat Sia, der die Macht 1977 durch einen Putsch eroberte, kennt indes keine Zweifel bei der Koran-Exegese. Er wies schon 1981 die fünf verstaatlichten Banken seines Landes an, zinslose Konten mit Gewinn- und Verlustbeteiligung für die Inhaber einzurichten. Die brachten gute Dividende: 1983 waren es 11,75 Prozent, ein Prozent mehr als bei den Zinskonten. Da stieg der Anteil der Einlagen von 13,2 Prozent im Juni 1983 auf 18,7 Prozent im Juni 1984.

„Die Islamisierung des Bankverkehrs“, jubelten Staatsbankfunktionäre, „kündigt einen revolutionären Wechsel an.“ Skeptiker hingegen betonen, daß der Aufschwung bei den islamischen Konten manipuliert sein könne, um das neue System populär zu machen.

Seinen Zinsverpflichtungen gegenüber ausländischen Banken und Institutionen wie der Weltbank muß Sias Zitadelle ohnehin auch nach der Islamisierung des Kreditwesens nachkommen. Pakistans Auslandsschulden betragen zehn Milliarden US-Dollar.

OPEC

Kehle durch

Mit einem Kontrollsystem will das Ökartell Opec dafür sorgen, daß die Mitglieder sich an die getroffenen Vereinbarungen halten. Die Erfolgsaussichten sind gering.

Einfach sind die Geschäfte für die Einkäufer in Mineralölunternehmen gegenwärtig gewiß nicht.

Wer im Dezember norwegisches Rohöl erhielt, weiß bis jetzt noch nicht, welchen Preis er dafür zu zahlen hat. Auch wer seit Anfang des Jahres von den Briten Öl bezieht, darf vorerst rätseln, wie teuer die gekaufte Ware eigentlich ist.

Das an seltsamen Marktmanövern überreiche internationale Ölgeschäft hat wieder einmal Neues zu bieten: Die staatlichen Ölgesellschaften in Großbritannien und Norwegen haben Angst vor einem Preiskrieg mit ihrer Konkurrenz

aus den Opec-Ländern; sie wagen es daher nicht, ihre Tarife für laufende Lieferungen festzusetzen.

Nach einem langen Konferenz-Hickhack der Opec am Jahresende spekulieren Ölhändler und Branchenkenner wieder einmal, ob das einst marktbeherrschende Ölkartell noch stark genug ist, einen Zusammenbruch der Preise zu verhindern. Die beiden europäischen Förderländer wollen nicht die ersten sein, die durch Preissenkungen die Ölexport-Organisation aus der Dritten Welt zu einem Gegenschlag herausfordern.

Mag das Opec-Kartell auch morsch sein, einen offenen Preiskampf gegen die europäischen Konkurrenten würde es allemal gewinnen. Denn aus Arabiens Wüsten läßt sich Öl weit kostengünstiger pumpen als aus der unwirtlichen Nordsee. Die Araber könnten mithin zu Preisen verkaufen, bei denen sich die Förderung von Nordsee-Öl nicht mehr lohnt.

Briten wie Norweger wollen daher zunächst einmal abwarten, wieviel Preis- und Produktions-Disziplin die Kartell-Mitglieder nach ihrer Jahresschlußkonferenz 1984 noch aufbringen. Auf diesem Treffen in Genf führten die Opec-Länder endlich ein, was für ein gutfunktionierendes Kartell unerlässlich ist: ein Überwachungssystem, mit dem vereinbarte Preise und Mengen kontrolliert werden sollen.

Mindestens ebenso stark wie durch zunehmende Konkurrenz von Nicht-Mitgliedern wurde die Opec in den vergangenen Jahren nämlich durch mangelnde Kartell-Solidarität geschwächt. Die Klub-Angehörigen hielten sich nicht an Förderquoten und brachen Preisabsprachen. Stets waren besonders devisenbedürftige Kartellmitglieder bestrebt, ihre Exporte auf Kosten der Partner auszuweiten.

Besonders frustrierend war dieses Spiel für Saudi-Arabien, das weitaus ölfreichste Opec-Mitglied. Das Land drosselte erheblich seine eigene Förderung, um die globale Ölflut einzudämmen. Prompt füllten darauf Iraner, Nigerianer oder Libyer mehr Öl als erlaubt in die Tanker.

Auf Drängen der Saudis erklärten sich nun alle Kartell-Kompagnons bereit, einem Kontroll-Komitee alle Preise und Mengen offenzulegen. Der Kommission wird gestattet, die Produktionsanlagen und die Ölhäfen zu inspizieren.

Der ewig zerstrittene Ölklub schien damit auf dem besten Wege, doch noch ein ordentliches Kartell zu werden.

Aber schon einen Konferenztag später stellte sich heraus, wie brüchig die eben erst erreichte Opec-Einheit war. Denn einen von allen gebilligten Beschluß über neue Preise brachten die 13 Mitgliedsländer auch diesmal nicht zustande.

Zwei wichtige Mitglieder, Nigeria und Algerien, beugten sich nicht der Opec-Mehrheit. Sie wollen ihre Preise nach eigenem Willen setzen.

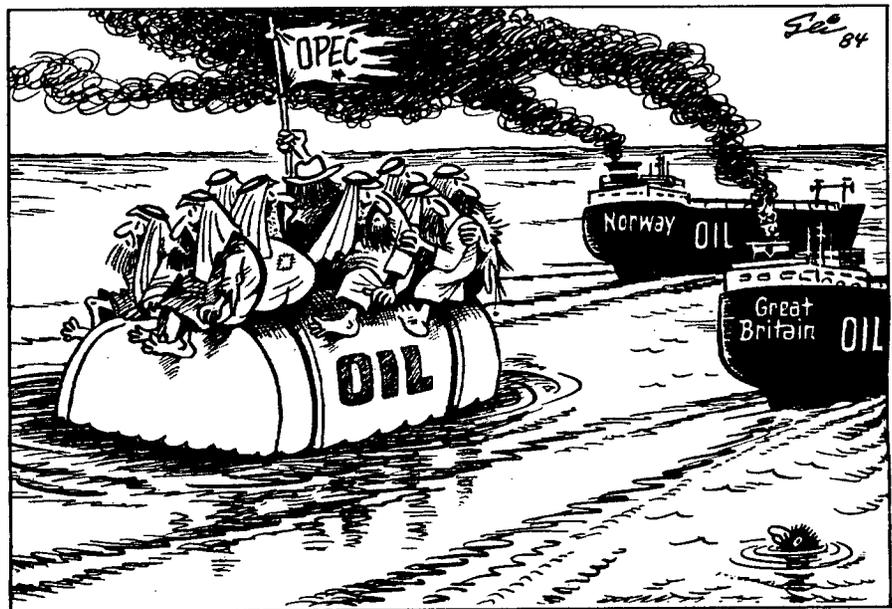
Den beiden Abweichlern paßte nicht, daß die Kartell-Mehrheit die längst nicht mehr zeitgemäßen Preise für die verschiedenen Rohöl-Sorten nur geringfügig korrigierte. Bei unverändertem Richtpreis von 29 Dollar je Barrel (159 Liter) der Sorte „Arabian Light“ hoben die elf Länder ihre Tarife für die billigsten Sorten, minderwertige schwere Rohöle, um 0,50 Cent und für mittlere Qualitäten um 0,25 Cent je Barrel an. Für die Spitzenqualitäten, extra leichte schwefelarme Öle, dagegen senkten sie den Preis um 0,25 Cent.

Damit verringerten diese Länder den bisherigen Preisunterschied von 4,50 Dollar zwischen billigsten und teuersten Opec-Sorten auf 3,75 Dollar. Nigerianer und Algerier, die überwiegend besonders leichtes Öl fördern, hatten hingegen verlangt, diese Differenz durch stärkere Anhebung der Preise für schweres Öl noch deutlicher zu verkürzen.

immer mehr Mühe, noch genügend Kunden zu finden.

In Genf weigerte sich vor allem Saudi-Arabiens Ölminister Ahmed Saki el-Jamani, den Leichtöl-Lieferanten mit einem höheren Preisaufschlag für schwere und mittlere Ölqualitäten noch weiter entgegenzukommen. Eine solche Preiserhöhung hätte den Durchschnittspreis für Opec-Öl von gut 28 Dollar merklich angehoben; die Kartellmitglieder, fürchtet der Saudi, würden dann insgesamt noch weniger Öl loswerden.

Billiger ist Öl trotz der Disziplinlosigkeit in der Opec für die meisten Ölkäufer ohnedies nicht geworden. Im Gegenteil: Die weitaus wichtigsten Opec-Kunden, die Europäer und die Japaner, mußten im vorigen Jahr für ihr Öl ständig mehr zahlen. Der offizielle Richtpreis für „Arabian Light“ blieb bei 29 Dollar pro Barrel. Gleichzeitig aber schoß der Wechselkurs der Öl-Währung Dollar



Basler Zeitung

Nur eine solche Korrektur, meinten die Abgesandten der beiden Leichtöl-Lieferanten, sei marktgerecht. Denn im Spot-Handel, wo freie Partien verkauft werden, ist der ehemals große Preisabstand zwischen leichten und schweren Ölen bereits auf 1,50 Dollar geschrumpft.

Die veränderte Preisstruktur ist auf den Einsatz verbesserter Raffinerietechnik in den westlichen Industrieländern zurückzuführen. In modernen Konversions-Anlagen lassen sich aus billigerem schwerem Rohöl weit mehr hochwertige leichte Produkte wie Benzin und leichtes Heizöl gewinnen als in alten Raffinerien. In denen fiel ein beträchtlicher Prozentsatz an schwerem Heizöl an.

Damit verbesserte sich die Position von Lieferanten schwerer Ölsorten wie Kuwait und Saudi-Arabien. Leichtöl-Anbieter wie Nigeria und Algerien oder auch die Nordsee-Produzenten Großbritannien und Norwegen haben dagegen

steil nach oben. Deutsche, Franzosen oder Japaner mußten mithin immer mehr Mark, Franc und Yen je Barrel Öl hergeben.

So nahm die von den Bundesdeutschen importierte Rohölmengung im vergangenen Jahr um mehr als zwei Prozent zu. Die deutsche Ölimport-Rechnung aber stieg um über zehn Prozent.

Je länger die Opec an dem hohen Richtpreis und an einer fragwürdigen Preisstruktur festhält, desto größer wird die Gefahr, daß ihr kein geordneter Rückzug mehr gelingt. Es wächst dann das Risiko, daß ein Kartell-Quertreiber wie Nigeria oder ein Nichtmitglied wie Norwegen schon bald einen freien Fall der Preise auslöst.

„Die Welt würde gut daran tun“, warnte vergangene Woche die Londoner „Financial Times“, „Pläne für den Fall vorzubereiten, daß die Opec beschließt, sich selbst die Kehle durchzuschneiden“.